



ruprecht

HEIDELBERGER STUDENT(INN)ENZEITUNG

JULI '93 - NR. 25

7. JAHRGANG

UNABHÄNGIGE ZEITUNG VON STUDIERENDEN FÜR STUDIERENDE

KONTAKT: 21361

Auf einen Blick

"Distanzierte Betroffenheit"
ruprecht sprach mit FAZ-Herausgeber Joachim Fest über Helmut Kohl, Geschichte, Gott & die Welt sowie Heidelberger Studenten - S. 2 & 3.

Aufstand an der PH

Unzumutbare Studienbedingungen an Baden-Württembergs Pädagogischen Hochschulen - S. 5.

CDs für den Geist

Bibliographieren ohne Bücher: Datenbanken in der UB - S. 7.

Statistik des Schreckens

Der Politologe Frank R. Pfetsch über den Krieg - S. 7.

Ausländer und Deutsche

Interview mit Fritz Pleitgen, Gespräche mit Heidelberger Türken und Gedanken zum postmodernen Chaos - S. 8 & 9.

Ausgezeichnet!

Der erste ruprecht-award geht an Siegfried Kraft, Kanzler der Universität Heidelberg - S. 16.

Freie Fahrt für freie Radler!

Endlich ist es vollbracht: Seit Freitag, dem 2. Juli ist die Plöck Fahrradstraße. Nach langem Ringen zwischen der Stadtverwaltung und der "IG Fahrradverkehr" (einem Zusammenschluß des Verkehrsclubs Deutschland, ADFC und der Fahrradinitiative) darf jetzt der Radverkehr zwischen der Universitätsbibliothek und dem Friedrich-Ebert-Platz in beide Richtungen rollen. Anlieger- und Anlieferverkehr ist weiterhin zugelassen, für LKW allerdings nur bis 11 Uhr, und es gilt ein eingeschränktes Halteverbot. Damit sich die Fußgänger nicht zu sehr gejaagt fühlen - wie viele es befürchteten -, ist die Geschwindigkeit auf 20 Stundenkilometer begrenzt; wieviele der Biker sich allerdings daran halten, wird sich erst noch zeigen. Doch je schneller sie fahren, desto langsamer werden sie zum Ziel kommen: die Einrichtung der Fahrradstraße besteht nämlich erst einmal für ein halbes Jahr auf Probe. Regelungen sind also unvermeidlich, und deshalb sollte man vielleicht auch wissen, daß - schlicht und einprägsam - Rechts-Vor-Links gilt.

Soweit also schön und gut - oder doch nicht? Da wird von allen Seiten diese so innovative, fahrradfreundliche und auch noch umweltschonende Einrichtung gepriesen. Endlich ist der Weg frei für die Radler Heidelbergs. Doch sehr weit reicht diese Freiheit nicht gerade: Von der gutgemeinten Idee angelockt, schwingt sich der eilige Zeitgenosse vor der Universitätsbibliothek auf den Drahtesel, um schnell zum Bismarckplatz zu gelangen - und rauscht mitten hinein in sein Unglück! Denn kurz vor dem Ziel, nämlich am Ebert-Platz, schnappt die Falle zu: Ende der Freifahrt.

Ist damit nicht wieder einmal ein sehr schöner Schildbürgerstreich gelungen? Wer es schon einmal bis kurz vor sein Ziel geschafft hat, der wird sicher die restlichen Meter nicht einen großen Umweg über die Friedrich-Ebert-Anlage fahren; und damit ist das Chaos vorprogrammiert. Die Autofahrer werden über die verkehrswidrigen Rowdy-Manieren der Radfahrer klagen, die ihnen zuhauf entgegenströmen, und so wird das gesamte Projekt - zumindest in der jetzigen Form - wohl nicht lange zu leben haben. Vielleicht wäre etwas mehr Überlegung zuvor angebracht gewesen; oder ist das Scheitern von Anfang an beabsichtigt? (gz)



Zahlen für die Uni?

Diskussionen und Demonstrationen um Rektor Ulmers Vorschläge

Ob bewußt geplant oder in solcher Form einkalkuliert: Mit seinen Vorschlägen zur Einführung von Studiengebühren, die der Rektor der Ruperto Carola, Prof. Peter Ulmer, über seinen Rechenschaftsbericht für das letzte Jahr in die Öffentlichkeit trug, hat er zum träge dahindümpelnden Ende des Sommersemesters eine heftige Diskussion an der Universität ausgelöst: 1.000 DM pro Semester soll jeder Studierende nach diesen Vorstellungen pro Semester für seine Lektionen bezahlen.

Die Fachschaftskonferenz reagierte sofort mit Presseerklärungen und Transparenten. Eine demonstrativ organisierte "Armenspeisung", veranstaltet von der Fachschaft Geschichte, auf dem Uni-platz weitete sich am 24. Juni zu einem Demonstrationszug von knapp 1.000 Studierenden aus, die vor das Rektorat zogen und ein Gespräch mit dem Rektor verlangten. Ulmer erklärte sich zumindest dazu bereit, seine Vorschläge in einer rasch einberufenen Vollversammlung am Donnerstag letzter Woche zu

verteidigen. Am Tage der Versammlung brachten sich die beteiligten Gebührenzahler-in-spe erst durch eine weitere Demonstration in Schwung. Jeweils ein Zug aus der Altstadt und aus dem Neuenheimer Feld trafen sich in der Hauptstraße und zogen erneut zum Uni-platz, um sich für das Treffen mit dem Rektor warmzumachen. Die anschließende Versammlung geriet fast zum Tribunal: Ulmer trug seine Argumente vor, aber keiner der anwesenden Studierenden wollte ihn unterstützen.

Der Rektor ist nicht der erste, der eine Einführung von Studiengebühren auch in Deutschland vorgeschlagen hat: Schon im November 1992 schlugen die Kultus- und Finanzminister der Länder vor, Studenten, die eine knapp bemessene Regelstudienzeit überschreiten, zur Kasse zu bitten - oder ganz herauszuwerfen, wenn sie schon allzu lange an der Universität immatrikuliert sind. Die Studiengebühren für alle propagierte seit Dezember '92 der Bonner Wissenschaftsrat. Hier brachte man zum ersten

Mal die Zahl 1.000 DM pro Semester ins Spiel.

In Heidelberg haben allerdings erst die Vorschläge Ulmers die Auseinandersetzung richtig angeheizt: Wenn der eigene Rektor solche Vorschläge macht, ist das nun einmal viel konkreter als beliebige, theoretisch wirkende Vorschläge an einem grünen Tisch in der Hauptstadt. Natürlich darf man aber dabei nicht vergessen, daß es nicht die einzelne Universität sein wird, die über die Einführung von Hochschulgeld entscheidet. Ulmer selbst weist immer wieder darauf hin, wie weit die Verwirklichung seiner Vorstellung noch in der Zukunft liegt: Das sei ein zur Zeit für viele Leute noch viel zu heißes Eisen. (hn)

Prof. Ulmer und Kirsten Pistel von der Fachschaftskonferenz haben sich bereiterklärt, dieses Eisen in unserer neuen ruprecht-Rubrik "point & counterpoint" aus ihrer jeweiligen Sicht anzufassen.

Zurück zum deutschen Geiste?

ruprecht-Umfrage unter ausländischen Studierenden

Studierende - das ist doch die besonders liberale, weltoffene und vorurteilsfreie Gattung Mensch, oder? In einer Zeit, in der ringsherum türkische Wohnhäuser lodern, Asylantenheime gestürmt werden und sich eine schon immer latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit wieder den Weg aus den Hinterzimmern der Rechtsradikalen an die Stammtische der Nation bahnt, lohnt es sich, zu fragen, ob die Universität gegen solche Entwicklungen immun ist. Natürlich sind wir alle ganz stolz darauf, daß Heidelberg mit über zehn Prozent einen der größten Anteile an ausländischen Studierenden in Deutschland hat, im regen Austausch mit dreizehn Universitäten aus fast allen Kontinenten der Erde steht und das Bild des schwarzen, Spätzle-essenden Kommilitonen für uns das Natürlichste der Welt ist. Doch wie sieht es wirklich mit der Gleichheit auf dem Campus aus? ruprecht wollte es von denen wissen, die täglich damit konfrontiert werden und führte eine Umfrage unter ausländischen Studierenden in Heidelberg durch. Daß diese für das gesamte Bundesgebiet repräsentativ, wissenschaftlich untermauert und somit aussagekräftiger als jede vom EMNID-Institut erstellte Befragung ist, muß nicht extra erwähnt werden.

Schon zu Beginn unserer Aktion, als

wir uns voller Enthusiasmus auf unsere potentiellen Opfer stürzten, kamen erste Zweifel darüber auf, ob unser Bild von der vor Toleranz und Weltoffenheit nur so strotzenden akademischen Welt nicht vielleicht doch etwas an der Realität vorbeigeht. Die angesprochene Koreanerin in der Bibliothek schreckte ängstlich zurück und wollte doch lieber keine Auskunft zu diesem Thema geben, auch nicht nach der Versicherung, die Umfrage sei anonym und die Daten würden völlig vertraulich behandelt. Der nächste Kandidat, ebenfalls ein Asiat, lehnte mit dem Hinweis, "dort hinten ist noch ein Schwarzer" ab, welcher dann auch bereit war, die Fragen zu beantworten, aber nicht einmal seine Nationalität preisgeben wollte; ist er doch vielleicht schon daran identifizierbar?

Allgemein läßt sich jedenfalls sagen, daß die meisten der Nicht-Westeuropäer schon einmal Feindseligkeiten von Deutschen verspürt haben, womit sich gleichzeitig die Binsenweisheit bestätigt, daß die Ablehnung umso stärker ist, je fremder das Aussehen und der Kulturkreis des Gegenübers ist. Auch wenn offene Feindseligkeit von seiten der deutschen Kommilitonen eher selten ist, so verspüren doch sehr viele subtile Reserviertheit; die Dozenten wurden in dieser Hinsicht als weniger ablehnend

empfundene, wodurch man sich jedoch trotzdem nicht zu einer beschönigenden Schlußfolgerung verleiten lassen sollte, denn der Kontakt zu den Lehrenden beschränkt sich bekanntlich auf wenige Worte über den Abgabetermin der Seminararbeit, während es die Kommilitonen sind, auf die man sich im alltäglichen Kampf mit den Schwierigkeiten des Studentenlebens verlassen können muß.

Zur Situation offizieller Benachteiligungen befragt, hörten wir Klagen darüber, daß ausländische Studenten z.B. keinen Anspruch auf BAföG haben und nicht neben dem Studium jobben dürfen; auch wünschen sich viele mehr Unterstützung bei der Zimmersuche und ähnlichen Einstiegshürden.

Trotz eines Ergebnisses also, das nicht gerade als Lobeshymne auf die zukünftigen Vordenker und -bilder der Nation gelten kann, zeigten die Befragten erstaunlich viel Verständnis für die allgemeine Situation der Deutschen und fällten keine Pauschalurteile sondern sahen das Problem größtenteils sehr differenziert.

Was ein Fernsehjournalist, türkische Bewohner in Heidelberg und eine ruprecht-Redakteurin zum Thema Ausländerfeindlichkeit zu sagen haben, ist im Forum dieser Ausgabe auf den Seiten 8 und 9 zu lesen. (hn/gz)

Na denn Post!

Jetzt haben wir es endlich schwarz auf weiß: Nicht die Politiker sind am Gespenst des Niederganges schuld, das Kettenrasseleind in Deutschland umgeht, es sind die Staatsbürger selbst! Wie soll man, so fragen sich Regierungspolitiker in ihren seltenen bangen Sekunden, ein Volk ins nächste Jahrtausend führen, wenn dieses dazu einfach zu dumm ist? Gefragt, woran sie denn bei der Farbe Gelb dächten, antworteten in der jüngsten Umfrage doch glatt 18 Prozent von wie immer repräsentativen Bundesbürgern: An Telephonzellen (Topantwort übrigens: Salmonelleneidotter). Ja bekommt denn in diesem medienverseuchten Staat überhaupt keiner mehr etwas mit? Telephonzellen sind doch, wie jedermann weiß, malvenfarben (frz. mauve). Aus gutem Grund, natürlich. Sonst würde, wie uns der Pressedienst der 'T-e-l-e-c-o-m' (so schreibt man das!) mitteilt, der unterbelichtete Bundesbürger gleich wieder glauben, in den Zellen könne man Briefe und Päckchen aufgeben. "Wichtig in diesem Zusammenhang," so teilt er uns auf Hochglanzpapier mit, "ist die Herstellung eines geschlossenen äußeren Erscheinungsbildes, das dem Adressaten (das sind wir!) vor allem die Idee einer unabhängigkeit von den anderen Bereichen der ehemaligen Bundespost operierenden Organisation näherbringt". Damit das auch ein für alle Mal klar ist, hat die 'T-e-l-e-c-o-m' in Heidelberg neben dem Münster-Brunnen auf dem Karlsplatz ein weiteres Denkmal postmoderner Kunst installiert: "Hier können Sie in Kürze telefonieren" baumelte wochenlang von den neuen malvenfarbenen Häuschen. Zugegeben, man hätte vergleichsweise ebensogut am Eingang der Fußgängerzone ein Schild "Hier können Sie in Kürze einkaufen" anbringen können, aber jeder Anbieter muß sich eben auf das geistige Niveau seines Adressaten begeben: Vorher haben wir gar nicht richtig, also nur gelb telefoniert! Die konsequente optische Umsetzung dieser Erkenntnis wird uns ein paar von jenen Millionen Mark aus Sozialnetzkürzungen kosten, von denen naive Arbeitnehmer annehmen, sie würden zum Aufbau des maroden Ostens verwendet. Ja, ja, der Deutsche kann eben nicht bis drei zählen! Und bis fünf? Die mangelnde Zurechnungsfähigkeit der Bevölkerung wird dazu führen, daß in Kürze der ebenfalls umdesignte Postdienst (das sind die Gelben!) einen unverdienten historischen Zusammenbruch erleiden wird. Jeder zweite Deutsche kennt nämlich das nervige sonnenbebrillte Fünffingergeschöpf Rolf (*Hier kommt Rolf*), aber nur jeder sechste seine neue Postleitzahl. Oder, wie formuliert es der Vorstandsvorsitzende Dr. Zumwinkel so treffend: "Unsere Werbekampagne mit Rolf war ein voller Erfolg, aber sie ging doch beim Bürger etwas am Ziel vorbei". Auch daß z.B. die numerische Identitätskrise in unserem Staat dazu herbeigeführt wurde, um endlich mit der postalischen Diskriminierung der Ostgebiete Schluß zu machen, ist ein Irrtum des Mannes auf der Straße. Immerhin haben wir mehr als einem Drittel der ehemaligen DDR eine Null als Anfangszahl verpaßt! Nein, "fünf war die einzig logische Zahl," so der unverstandene Bundespostminister (*Hier kommt Bötsch...*). Meint er damit etwa die fünfstelligen Entlassungszahlen beim Postdienst, die die Umstellung mit sich bringt? Nein, wir alle sollten logisch die fünf (!) neuen Länder und damit Deutschland besser kennenlernen (Mose gehört zur Post Mastholte, diese wiederum zu 33397 Rietberg) und endlich dieses romantische Brimborium von *neugierigen Blick in den Briefkasten* und *kleinen Plausch mit dem Briefträger* (Zumwinkel, Klaus: Das Postleitzahlenbuch, erstes Kilo, S.5) vergessen. Deutschland ist verändert und der Postdienst ist nicht mehr die Post (telekommt Ihnen da etwas bekannt vor?). Also, Leute, denkt endlich mal rationell und mit Euren gewählten Vertretern mit - zumindest solange, bis malvenfarbene und fünfstellige Post privatisiert werden! Für den Normalfall die Zahl: 02708 (Heiterer Blick) und für die Wut Rolf: *Schlag nach!* step

"Wer heute noch an Utopien festhält, ..."

ruprecht sprach mit FAZ-Herausgeber Joachim Fest über das Publikum, ...



Publizist und Anti-Utopist: Joachim Fest beim ruprecht-Interview.

ruprecht: Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlichte vor kurzem einen Essay über die Rolle des Rechtsintellektuellen in der deutschen Geschichte; als zeitgenössische Vertreter nannte sie Johannes Gross, Michael Wolffsohn, Golo Mann und Sie selbst. "Ansonsten", so hieß es, "findet man Rechtsintellektuelle selten." Steht der Geist in Deutschland - einem verbreiteten Urteil entsprechend - wirklich links? Und sind Sie selbst so etwas wie eine seltene Spezies?

Fest: Ich bin sehr im Zweifel, ob der Geist links steht. Natürlich behaupten das die Linken. Meine Auffassung ist vielmehr, daß der Geist von solchen historischen Nomenklaturen gar nicht erreicht werden kann, auch gar nicht erreicht werden sollte. Das ist die Neigung, die mit der Politisierung allen Denkens einhergeht, allem ein Etikett aufzukleben und damit Argumente von vorneherein zu relativieren. Sehen Sie, dieses Hitler-Buch, das ich mal geschrieben habe, können Sie weder als rechts noch als links bezeichnen. Ich kenne Linke - und ich bin mit einigen auch befreundet -, die das Buch sehr kritisch daraufhin durchgesehen haben, ob der Klassengesichtspunkt und derartige Dinge durchscheinen, und die sehr verblüfft waren, am Ende festzustellen, daß das nicht der Fall ist. Also, ich glaube nicht, daß sich Intellektuelle so einfach festlegen lassen oder festlegen lassen sollten.

ruprecht: Trotzdem scheint der gesellschaftliche Diskurs doch von linken, gesellschaftskritischen Positionen beherrscht zu sein...

Fest: Was heißt 'gesellschaftskritisch'? Schon das müßte man fragen. Konservative sind ja nicht unkritisch. Die Linke hat zwar immer darauf bestanden, daß sie das eigentliche kritische Potential repräsentiert, aber ich bin da anderer Auffassung, zumal wenn man einen strengen Begriff von Kritik zugrundelegt.

ruprecht: Haben Sie eigentlich das Gefühl, die Opposition der deutschen Intellektuellen gegen Helmut Kohl könnte daher rühren, daß er gerade das Gegenstück zum Intellektuellen ist?

Fest: Ja. Er ist kein Mann für Intellektuelle. Ich muß sagen, ich habe auch meine Schwierigkeiten mit ihm, dazu bin ich dann vielleicht auch zu intellektuell. Da ist eine große Fremdheit, die schwerlich überwunden werden kann. Das kann auch von seiner Seite aus nicht geschehen - und er sollte es um Gottes Willen nicht versuchen -, und das kann auch von seinen der Intellektuellen aus

nicht geschehen. Ich finde das auch nicht besorgniserregend. Dem deutschen Lieblingsthema - "Geist und Macht" - habe ich nie viel abgewinnen können. Das ist eine Form des intellektuellen Indianerspiels für Leute, die Mühe haben, erwachsen zu werden.

ruprecht: Der Verleger Wolf Jobst Siedler hat anlässlich Ihres 60. Geburtstags über Sie geschrieben: "Er ist kein Historiker, aber er hat das bedeutendste Buch seiner Generation über den großen Ruinierer geschrieben, der die jahrhundertalte Ordnung Europas an ihr

das ist vielleicht ein Vorteil. Und für den Journalisten gibt es ja kein vorgezeichnetes Berufsbild. Herr Siedler behauptet an dieser Stelle - und das hat vielleicht eine gewisse Richtigkeit -, daß ich mehr jemand bin, der seine Meinung zur Zeit als zum Tage sagt und der insofern einem bestimmten, eng gefaßten Begriff des Journalisten nicht ganz entspricht. Aber es hat immer Journalisten gegeben, die eher die Zeit im Blick gehabt haben als den Tag. Im Journalismus ist Platz für sehr viele Temperamente, Neigungen und Vorstellungen.

ruprecht: Aber auch die Geschichte ist doch für Ihre Biographie immens wichtig gewesen...

Fest: Ja, sie ist es eigentlich geworden. Ich hatte nie vor, mich mit der Geschichte, zumindest der Zeitgeschichte, zu befassen. Ich bin sehr früh hineingezogen worden, als Kind noch, weil mein Vater einer der Führer des "Reichsbanners" (einer republikanischen Selbstschutzorganisation; d. Red.) war, das sich den Kampf gegen die Nazis zur Aufgabe gemacht hatte. Das hat meine ganze Jugend geprägt. Ich hatte dann aber, als der Krieg zu Ende war, von den Nazis eigentlich genug, bin jedoch in meiner journalistischen Tätigkeit wieder gedrängt worden, mich mit dieser Zeit zu beschäftigen. So hat meine Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte angefangen und sich immer weiter verstärkt, und schließlich bin ich dazu gekommen, mehrere Bücher über diese Zeit zu schreiben. Aber als ich 1973 den "Hitler" abgeschlossen hatte, habe ich mir gesagt, "So, nun ist es mit der Nazi-Zeit genug". Ich bin kein professioneller Zeithistoriker und wollte es auch nie

"Kohl ist kein Mann für Intellektuelle und sollte um Gottes Willen nicht versuchen, das zu ändern"

Ende brachte... Man wird ihn nicht eigentlich einen Journalisten nennen, wozu ihm die nervöse Teilnahme am Tag fehlt; aber er hat dem Kulturteil der Zeitung, der er verbunden ist, viel von sich selber mitgegeben." Studiert haben Sie Jura, aber nebenher auch Geschichte, Germanistik und Soziologie gehört. Wo orten Sie sich denn selbst zwischen dem Journalisten, dem Historiker, ...?

Fest: Historiker bin ich nach den strengen Zunftbegriffen nicht. Ich habe Geschichte nicht regelgerecht studiert. Aber

werden. Meine frühen Interessen lagen woanders, auf literarischem und kulturhistorischem Gebiet, und nach dem "Hitler" habe ich mich auch anderen Themen zugewandt.

ruprecht: In einem Ihrer Essays haben Sie Theodor Mommsen - besonders hinsichtlich seiner "erzählerischen" Leistung - als beispielhaften Historiker beschrieben und die rhetorische Frage gestellt: "Täuscht die Vermutung, daß mit ihm (Mommsen) die Rolle der Außenseiter in der modernen Geschichtsschreibung beginnt, die allein noch ein Publikum kennen und darum auch besitzen?" Empfinden Sie sich selbst als solch einen Außenseiter?

Fest: Ja, durchaus. Wenn Sie andere Historiker betrachten, die über die Nazi-Zeit sehr erfolgreiche Bücher geschrieben haben, die auch in der Öffentlichkeit große Resonanz gefunden haben - Alan Bullock oder Sebastian Haffner -, so können Sie das immer wieder feststellen. Die meisten Historiker in Deutschland sind sich ihrer Aufgabe gegenüber der Öffentlichkeit überhaupt nicht bewußt, und wenn immer davon gesprochen wird - und auch die Historiker diesen Vorwurf erheben -, die Vergangenheit sei nicht bewältigt worden und die Deutschen täten nichts dafür, so halte ich sehr dafür, daß das ganz entscheidend die Schuld und Verantwortung der Historiker ist, die das Publikum überhaupt nicht interessiert.

ruprecht: Sie haben einmal - sinngemäß - geschrieben, was den wirklichen Historiker ausmache, könne man im universitären Betrieb nicht lernen, eher noch verlernen...

Fest: ... das wird den Studenten häufig ausgeschrieben. Ich weiß nicht, ob ich das geschrieben habe, aber das würde ich so sagen. Ich würde auch sagen, wenn einer

gegangen. Für eine Übergangszeit - also heute - müsse dieses Defizit aufgefangen werden durch eine stabile Bürgergesellschaft und die Stärkung der Institutionen der 'offenen Gesellschaft'. Was verstehen Sie unter Bürgergesellschaft?

Fest: Ich halte im Gegensatz zu sehr vielen in diesem Lande - ich würde sagen, zu der ganz übergroßen Mehrheit - die innere Verfassung des Landes für außerordentlich instabil. Ich bin aber unabhängig davon der Meinung, daß ein demokratisches Staatswesen keine Selbstverständlichkeit ist. Alle hier glauben, das ist so, wir sind frei, und die Freiheit wird einfach als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt. Ich glaube, nichts ist weniger selbstverständlich als das. Ich sehe es bedroht durch sehr viele Prozesse. Das ist einmal der Abbau von allen Werten, der bei uns vor sich geht, durch die Beliebigkeit der Auffassungen, dieser ganze pluralistische Diskurs in unserer Gesellschaft. Jeder kann alles sagen, alles ist erlaubt, und wenn alles erlaubt ist, heißt das immer auch, daß nichts wirklich wichtig ist. Es ist aber kein Zufall, das seit der Antike in fast allen Theorien zur Demokratie immer die Tugend - was man damals als Tugend bezeichnete - eine ganz herausragende Rolle spielt. Also ein gewisses Normen- und Wertebewußtsein, die Anerkennung von Spielregeln ...

ruprecht: Das meinen Sie mit Bürgergesellschaft...

Fest: Ja. Das spielt eine ganz entscheidende Rolle, und wenn das wegfällt, steht auch eine Demokratie oder eine offene und freie Gesellschaft auf sehr wackeligem Grund.

ruprecht: Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung zu den Anschlägen von Solingen vom Werteverlust, vom Abbau des ethischen Grundkonsens und

Joachim Fest verkörpert einen Typus, den es eigentlich gar nicht geben dürfte: den des konservativen Intellektuellen. 1926 in Berlin als Sohn eines Schulrates geboren, studierte er Jura - "um mein Denken zu disziplinieren", wie er sagt - und arbeitete als Redakteur beim Sender RIAS-Berlin. Ab 1963 war er Chefredakteur Zeitgeschehen beim NDR, wo er u.a. das Magazin "Panorama" betreute. 1973 wurde er zum Mitherausgeber der "F.A.Z." berufen; Ende dieses Jahres wird er diesen Posten räumen.

Einem größeren Publikum bekannt geworden ist Fest vor allem durch seine publizistische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus: 1963 legte er "Das Gesicht des Dritten Reiches", zehn Jahre später die Biographie "Hitler" vor,

die zum Bestseller avancierte und auch in der akademischen Welt als Standardwerk anerkannt ist. 1977 kam sein unstrittiger Dokumentarfilm "Hitler - eine Karriere" in die Kinos. Im Historikerstreit 1986 stand Fest auf Seiten der "Revisionisten" um Nolte, Stürmer, Hildebrand und andere. In seinen jüngsten Veröffentlichungen ist er zu seinen früheren literarischen Interessen - unter denen vor allem Thomas Mann herausragt - zurückgekehrt; 1988 erschien Fests Italien-Reisebuch "Im Gegenlicht", 1991 sein Essay "Der zerstörte Traum", in dem er sich mit dem Ende der Utopien auseinandersetzt. Im vergangenen Wintersemester hatte er eine Ehrenprofessur am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg inne.

Joachim Fest

gut schreibt, wird das eher als Talentmangel angesehen, als Zeichen dafür, daß er eigentlich zum Historiker, überhaupt zum Wissenschaftler nicht berufen ist. Es ist sehr viel schwieriger, gut zu schreiben als schlecht zu schreiben; das wissen deutsche Professoren nicht, aber es ist wirklich so.

ruprecht: In Ihren Veröffentlichungen kommt ja - ob Sie sich explizit damit beschäftigen oder nicht - immer wieder ein starkes Unbehagen gegenüber Utopien zum Vorschein. Woran liegt das?

Fest: Das ist unmittelbare Lebenserfahrung. Die Angehörigen meiner Generation - aber ich glaube, das geht über meine Generation hinaus und ist zu allen Zeiten besonders ausgeprägt bei historisch denkenden Menschen, wie ich es nun mal bin - sind durchweg pessimistisch. Und zu jedem utopischen Glauben gehört eine sehr optimistische Grundhaltung, zu der wir nicht mehr fähig sind. Ich begreife auch nicht, wie man nach den Erfahrungen dieses Jahrhunderts noch jenes Weltvertrauen haben kann, das den Optimisten charakterisiert. Es fällt mir sehr schwer, mich in diese Denkweise hineinzuversetzen. Wir brauchen ja nur die beiden großen Utopien dieses Jahrhunderts zu betrachten: den Nationalsozialismus als halbwegs rückwärtsgewandte Utopie, die das ideale Reich in einer Vorstellung von Vergangenheit suchte, und den Kommunismus, der dieses Reich in die Zukunft projizierte, als das Reich, das am Ende der Geschichte steht. Beide Utopien haben Leichenberge angehäuft und Europa in ein Schlachthaus verwandelt. Und ich finde, wenn man diese Erfahrung hinter sich hat und dennoch am Utopismus festhält, ist man unbelehrbar durch Geschichte.

ruprecht: Sie haben in einem Artikel zum Ende des utopischen Zeitalters geschrieben, mit den Utopien seien auch die damit verbundenen Hoffnungen und die Geborgenheit, die mit der Ausrichtung auf die Zukunft gekoppelt war, verloren

vom Verlust an Sekundärtugenden wie Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft, Dankbarkeit und Höflichkeit gesprochen. Hat sich der Kanzler, der seit elf Jahren konservative Politik gemacht hat, damit nicht ein Armutszugnis ausgestellt?

Fest: In gewisser Weise ja. Er hat ja selber eine geistig-moralische Wende versprochen und jedenfalls das Wort sehr im Munde geführt, und es ist dann eigentlich in dieser Richtung überhaupt nichts erfolgt. Ich bin der Ansicht, die Weichenstellungen zu dem, was wir heute haben, liegen viel früher, in den 70er Jahren. Das ist weitgehend eine Konsequenz der Schulpolitik, der Bildungspolitik, der Politik im ganzen in jenen Jahren. Die Folgen ernten wir jetzt. Es ist die Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Sekundärtugenden wirklich eine Chance haben, sich zu entwickeln.

ruprecht: Der Werteverlust ist doch ein Phänomen, das sich in ganz Europa zeigt, auch in Ländern, die nicht unsere Bildungspolitik gemacht haben...

Fest: Doch, zum Teil schon. Aber das sind natürlich auch Folgen der Moderne, also Folgen der Modernisierungsprozesse, die in modernen Industriegesellschaften stattfinden. Nur gehen sie in verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher Geschwindigkeit vor sich. In einigen Ländern werden sie aufgehalten, auch durch dort bestehende Traditionen, Bindungen - das, was Dahrendorf 'Ligaturen' nennt. In anderen Ländern wird der Abbau der Werte, der Normen und des Respekts vor den Regeln befördert - und bei uns ist das befördert worden. Wir wollten immer nur weg von der Vergangenheit, und alles, was an Traditionen, Herkunft, bürgerliche Moral usw. erinnert, stand immer im Geruch, halb faschistisch zu sein. Davon wollten wir weg und haben deswegen vieles, auch Legitimes, über Bord geworfen, ohne das eine Gesellschaft nicht existieren kann, sondern in die Daseinsbedingungen der Horde zurückfällt.

"RADFAHREN IN BESTFORM"

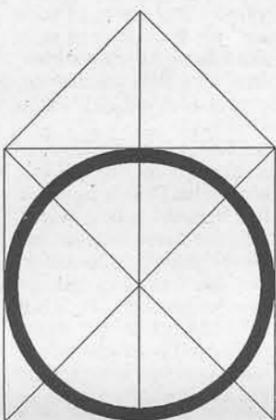
Fahren Sie zu Bestform auf! Das Radhaus zeigt Ihnen, wie:

- Fahrräder für jeden Anspruch und Geldbeutel, Kinder- und Jugendräder, Reiseräder, Rennräder und MTBs der Marken: Batavus, Winora, Kildemoes, Cratoni, Utopia, Dawes, Cannondale, VSF
- Für Spezialisten: Liegeräder, Einräder, Roller und Anhänger
- Gebrauchte Fahrräder
- Dazu bietet das eingespielte Radhaus-Team ein gut sortiertes Ersatzteillager, Ausrüstungszubehör, Hilfe zur Selbsthilfe, alternative Lust und nur Chefs.

Das kleine Radhaus

Kaiserstraße 52
69115 Heidelberg
Telephon 183727
Mo. 15-18 Uhr,
Di.-Fr. 10-13 und 15-18 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

Das kleine
Radhaus
Zweirad GmbH



"... ist unbelehrbar durch Geschichte" ... Kohl, Intellektuelle, die Zehn Gebote, Hitler und Heidelberger Studenten

ruprecht: Traditionen haben uns gegen Hitler auch nicht geholfen ...

Fest: Gegen Hitler hat so gut wie nichts geholfen, erschreckenderweise. Es ist ja nicht nur - das ist ein verbreitetes Fehlurteil - das Bürgertum gewesen, das Hitler gegenüber versagt hat. Arbeiterschaft, Gewerkschaften, Kommunisten, Sozialdemokraten - sie haben alle versagt. Die Sozialdemokraten haben - das ist ihr Ruhm - in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933 wenigstens mit einer großen Geste Widerstandswillen gezeigt. Das haben die Anderen nicht getan. Aber versagt vor diesem Phänomen Hitler haben sie alle. Eine einzige große Kapitulation. Widerstanden haben nur einzelne Charaktere, das macht deren Haltung umso bewundernswürdiger. Ideologien, Traditionen, Herkunft, ja all das, was die Gesellschaft vorher zusammengehalten hat, hat jene Probe nicht bestanden.

ruprecht: Im Nationalsozialismus bedeutete die Sekundärtugend Pünktlichkeit doch: die Züge nach Auschwitz fahren pünktlich ab. Sind denn Sekundärtugenden wirklich ein taugliches Rezept gegen faschistische Tendenzen?

Fest: Sekundärtugenden können natürlich mißbraucht werden; sie sind wertfrei. Sie müssen - daher kommt ja auch ihr Name - auf eine Primärtugend bezogen sein, die ihnen Orientierung gibt, das kann die Religion sein, ein verbindlicher Humanitätsgedanke oder ähnliches.

ruprecht: Was wäre denn für Sie diese Primärtugend?

Fest: Ich habe ja schon zwei genannt: Humanität und Religion. Wenn Sie die Religion nehmen: Die Zehn Gebote wären der Katalog der Primärtugenden, und bei der Humanität gibt es unter dem, was das humanitäre Vermächtnis Europas ist, ebenfalls Grundsätze, auf die sich die Sekundärtugenden beziehen ließen.

ruprecht: Nach dieser Absage an den Pluralismus: Wo soll denn in der heutigen Zeit ein Prinzip herkommen, das auch nur eine Nation auf einen moralischen Nenner bringt?

Fest: Ja, seit die Verbindlichkeit religiöser Überzeugungen im steilen Absturz begriffen ist, ist das wirklich eine der großen Fragen. Und wenn ich vorhin sagte, Demokratien seien eng an Werte gebunden, dann zeigt das zugleich, für wie gefährdet ich den Zustand demokratischer Staatswesen zu jeder Zeit halte.

ruprecht: Sind in einer ökologischen Denkweise nicht Ansätze zu einer neuen Moral vorhanden?

Fest: Das glaube ich nicht. Joschka Fischer hat in einem Buch geschrieben, wir bräuchten ein neues Moralgesetz, und dieses Moralgesetz könne nur lauten: das Prinzip der selbsterhaltenden Vernunft. Aber das gibt es nicht. Sie können ein Moralgesetz in einem Jenseits verankern, wo Höllenstrafe droht oder das Paradies lockt. Aber das Prinzip der Erhaltung dieser Welt und ihrer Ressourcen zum moralischen Gesetz zu sublimieren und zu hoffen, daß die Mehrheit der Menschen gleichsam das Gewicht der ganzen Welt zu jeder Zeit auf ihre Schultern nimmt - das funktioniert nicht. Der Egoismus der Menschen, ihre

ähnliches diffamiert haben. Ist dieser Eindruck falsch?

Fest: Vielleicht ist Ihr Eindruck richtig, ich weiß es nicht. Aber ich fühle mich nicht als Sieger. In historischen Prozessen gibt es keine Sieger, und es ist ja gerade das Auffällige am Untergang des Sozialismus gewesen, daß es an seinem Ende keine Siegesfeste gegeben hat. Was die von Ihnen herausgehörte größere Schärfe gegenüber linken Intellektuellen und ihrem Verhältnis zum Kommunismus angeht, so würde ich sagen: Was mich bei allem, was jetzt ans Licht kommt, am meisten erschreckt, ist die ungeheure Zerstörung an menschlicher Substanz, die der Kommunismus angerichtet hat. Das hat der Nationalsozialismus nie geschafft. Man kann jetzt sagen: Das dauerte viel kürzere Zeit. Aber in der nationalsozialistischen Welt gab es unter denen, die sich in der Opposition befanden, doch immer ein Klima von Verlässlichkeit, Kameraderie und absoluter Vertrauenswürdigkeit. Wenn Sie sich andererseits z.B. die Gesprächsprotokolle von deutschen Intellektuellen in Moskau während der Säuberung 1936/37 ansehen, ist es verheerend und erschütternd, wie da einer den anderen oder die andere - Leute, mit denen man jahrelang gekämpft hat, für die gleiche Sache eingestanden ist - ohne jedes Bedenken über die Klinge hat springen lassen, wenn es nur dem eigenen Interesse oder Ungeschorenbleiben diente. Das Ausmaß an menschlichem Verrat, an Niedertracht gegeneinander, war im Kommunismus unvergleichlich größer.

ruprecht: Um noch einmal auf das "Hitler"-Buch zurückzukommen: Dort

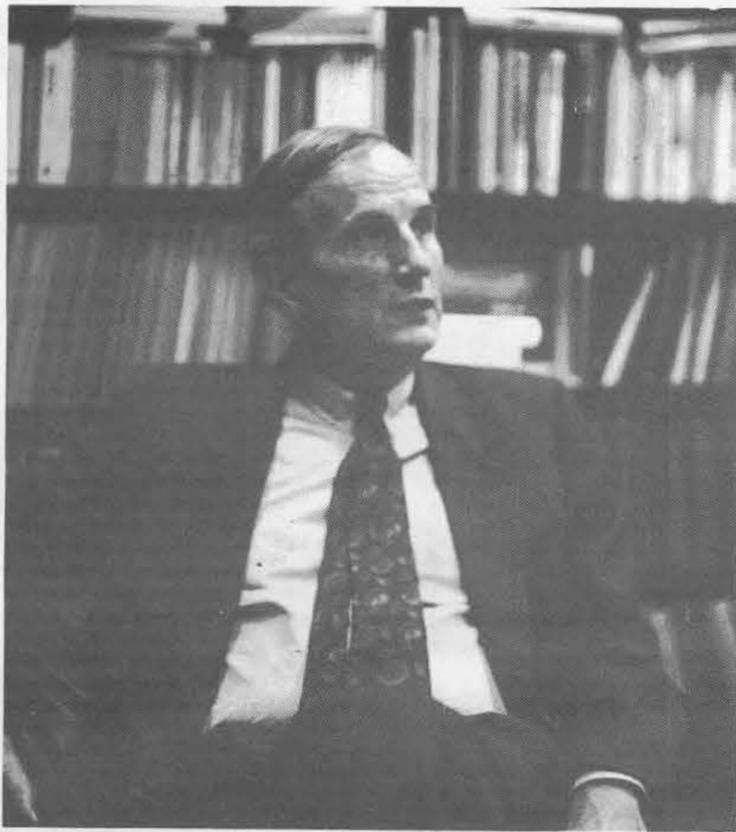
"Die innere Verfassung unseres Landes ist bedroht durch die pluralistische Beliebigkeit der Meinungen"

heißt es u.a., es gehöre gerade zu den Lehren der faschistischen Epoche, "daß ein totalitäres Machtsystem nicht auf den abartigen oder gar kriminellen Neigungen eines Volkes" - in diesem Fall: der Deutschen - aufgebaut werden könne. Das klingt ein wenig nach Exkulpation für die Deutschen - war das Ihre Absicht?

Fest: Nein. Man schreibt ein solches Buch nicht als Apologie, um die Deutschen zu exkulpieren. Das ist immerhin eine Arbeit von fünf Jahren; ich jedenfalls wäre unfähig dazu, einen solchen subalternen Verteidigungsansatz durchzuhalten. Ich habe nicht als Anwalt der Deutschen gegenüber einer Welt geschrieben, die immer nur mit dem Finger auf die Deutschen zeigt. Man schreibt das auch, um selber mit seinen Gedanken ins reine zu kommen, um sich darüber klarzuwerden, was passiert ist. Das ist ja die Frage, auf die wir heute noch keine zureichende Antwort haben, und auch mein Buch hat diese Frage nicht ganz beantworten können. Man wird bei mir nirgendwo apologetische Elemente oder exkulpatorische Tendenzen entdecken; ich wüßte nicht, wo, und das hat mir auch noch keiner vorgeworfen - außer im Zusammenhang mit dem Historikerstreit, der ja ein politischer Streit war, in dem es nicht um die Geschichte ging, sondern um Bedürfnisse, eine Front aufzubauen. Und da habe ich lediglich das Recht von Ernst Nolte verteidigt, als Wissenschaftler einen - auch von mir für nicht gänzlich zutreffend gehaltenen - Gesichtspunkt öffentlich zu vertreten.

ruprecht: In Ihrem Artikel zum Historikerstreit wiesen Sie darauf hin, daß es für die durch Hitler und Stalin Ermordeten keinen Unterschied mache, "ob sie einem historischen Prinzip von einst intellektuellem und humanitärem Rang (dem Kommunismus) oder 'nur' einem von Phantomängsten durchsetzten Wahn (dem Nationalsozialismus) zum Opfer fielen". Es wird nicht selten die These vertreten, die Aufrechnung der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen jene des Sowjetkommunismus habe zu einer "Verharmlosung" des Dritten Reiches, gerade in neofaschistischen Zirkeln, beigetragen. Wie reagieren Sie darauf?

Fest: Ich bin fest davon überzeugt, das hat miteinander nichts zu tun. Einmal ist es keine Verharmlosung. Ich sage ja ausdrücklich: Beides - die Morde der Nazis und jene der Kommunisten - ist vergleichbar. Die These war damals immer, im Nationalsozialismus habe es den befohlenen, bürokratisierten und technisierten Mord gegeben, bei den Kom-



Hitler-Biograph und Thomas-Mann-Verehrer: Joachim Fest.

munisten nicht. Inzwischen wissen wir, daß es da natürlich auch eine Befehlsstruktur sowie eine Riesen-Administration gab, und natürlich hat es auch eine Technisierung des Mordes gegeben - der Genickschuß ist eine Form des technisierten Mordes. Die Gaskammer ist noch einen Schritt erschreckender und verstörender, aber ich halte das für einen graduellen Unterschied, nicht für einen qualitativen. Darüber kann man lange streiten. Aber beides ist - welche Banalität! - vergleichbar - wobei man dann die Unterschiede natürlich auch benennen muß, und dann mag man den nationalsozialistischen Gaskammernord für schrecklicher halten. Nur: eine Verharmlosung finde ich das nicht, wenn man sagt, in der Sowjetunion ist es mindestens ebenso schrecklich gewesen. Ich finde das eine so schrecklich und zu schwärzestem Pessimismus mich stimmend wie das andere. Der Kommunismus war, wie ein langjähriger Berater Gorbatschows es ausdrückte, eine große Abweichung vom Pfad der menschlichen Zivilisation - das war der Nationalsozialismus natürlich auch. Aber nie-

mand darf und kann das eine Verbrechen mit dem anderen entschuldigen.

ruprecht: Über Ihren Film "Hitler - eine Karriere" schrieb die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" unter der Überschrift "Gerechtigkeit für Hitler/ Die Wahrheit setzt sich durch" neben anderem, der Film sei "zwar keineswegs der Zeitgeschichtsforschung letzter Schluß", trete "aber doch der Wahrheit einige Schritte näher (als) das bisher auf diesem Sektor Dargebotene, besser: Zugemutete". Befällt Sie nicht ein leichtes Unwohlsein angesichts dieses Beifalls von weit rechts?

Fest: Doch. Ich habe das nie gelesen, aber wenn ich das jetzt höre, wird mir nachträglich noch unwohl. Die Geschichte ist ein gefährliches, mißdeutbares Gebräu, und man kann mit ihrer Verfälschung Schreckliches anrichten. Auch das haben Nationalsozialisten wie Kommunisten gezeigt, deren Weltbild ja gleichermaßen auf verdrehter, instrumentalisierte Geschichte beruhte.

ruprecht: Eine letzte Frage: Während Ihrer Honorarprofessur in Heidelberg im vergangenen Semester hatten Sie sicher-

lich auch Kontakt zu den Studenten. Wie schätzen Sie die heutige Studentenschaft ein? Zeigt sie Engagement für unsere Demokratie?

Fest: Das kann ich überhaupt nicht sagen. Ich kann nur sagen, daß ich doch mindestens gemerkt habe - ich habe ja meine Veranstaltungen vor allem freitags/samstags angeboten -, daß die Studenten sehr feiertags- und freizeitbewußt sind und am Freitagnachmittag nur noch ein kleines Häuflein von ganz Unentwegten bereit ist, in einen Hörsaal zu gehen.

ruprecht: Deutsche Wiedervereinigung - ein interessantes Thema...

Fest: Ja, aber das hat offenbar keine große Anziehungskraft für die Studenten - und das wundert mich ein wenig. Zu meiner Zeit... - schön, man soll nicht vergleichen mit den eigenen Studienjahren, aber wir haben den ganzen Sonnabendvormittag, an dem noch normaler Vorlesungsbetrieb war, in der Universität verbracht, und der "dies academicus" - die Vorlesungen für die ganze Universität - fand am Sonntagabend statt, und da ging man natürlich in die Universität. Ich habe meine Kollegen gefragt, ob das heute eine Chance auf Erfolg hätte, und die gaben zur Antwort, es wäre vermutlich gähnend leer - und

"Ich wäre nicht geworden, was ich bin, wenn ich so studiert hätte wie viele Studenten heutzutage"

das finde ich doch erschreckend. Wie mir überhaupt am meisten auffällt, wenn ich durch Heidelberg gehe, daß alle Cafés, Kneipen, Restaurants bis in die Nacht hinein vollbesetzt sind mit Studenten; da sieht man sie alle. Ich will niemandem den Spaß an der Studienzzeit nehmen, die gewiß nicht nur aus Hörsaal und Seminar bestehen soll. Mein Urteil ist vielleicht ungerecht; es ist nur das Urteil, das sich in der Vergangenheit bei mir gebildet hat. Ich glaube nicht, daß ich geworden wäre, was ich geworden bin, wenn ich mein Studium so aufgefaßt hätte, und wenn wir uns gesagt hätten - ich war eine Zeitlang in Freiburg, dann in Frankfurt - 'Samstag fahren wir lieber in den Schwarzwald'. Aber keiner von uns ist auf diesen Gedanken gekommen, wir saßen wirklich von morgens bis abends in der Universität. (fb/bpe)

"Daß die Deutschen die Vergangenheit nicht bewältigt haben, ist auch die Schuld der Historiker"

Kurzsichtigkeit, Blindheit, Leidenschaft, Gier steht dem entgegen. Es funktioniert nicht ohne Jenseits und ohne Religion. Es ist rührend, und ich habe sehr große Sympathie dafür. Aber das ist auf der Welt, wie sie ist, nicht durchführbar. Da bin ich nun nicht pessimistisch, sondern einfach nur realistisch - und das ist ja meist identisch.

ruprecht: Eine Frage zu Ihrer Heidelberger Antrittsvorlesung: Dort haben Sie sich mit dem Versagen der Intellektuellen gegenüber den totalitären Systemen dieses Jahrhunderts auseinandergesetzt. Es schien aber, daß der Ton des Vortrages schärfer wurde, als Sie auf die linken Intellektuellen zu sprechen kamen, die die Staaten des real existierenden Sozialismus trotz deren menschenverachtender Realität verharmlost oder gar gepriesen haben. Da konnte leicht der Eindruck entstehen: Hier spricht ein "Sieger", der - von der Geschichte endlich bestätigt - mit den einstigen "Gegnern" abrechnet, nicht zuletzt mit Gegnern, die ihn und seinesgleichen früher als "kalte Krieger" und

LICHT AUS
UND
RUHE!

Sonnenbrillen von Nolze.

OPTIKER
NOLZE

Brillen und Kontaktlinsen.

SCHMITZ & GRÖNE
Mühlstr. 5, Heidelberg-Handschuhsheim, Tel. 40 24 59

Die auf den billigen Plätzen müssen schweigen

Wer rettet Baden-Württembergs Pädagogische Hochschulen?

600 angehende Lehrerinnen und Lehrer marschierten am Montag vorletzter Woche durch Stuttgart und forderten eine Änderung der Studienordnungen für die Pädagogischen Hochschulen und eine Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Wissenschaftsminister Klaus von Trotha empfing zwar nicht alle, sprach aber zumindest mit einer Delegation der Asten der sechs Pädagogischen Hochschulen hierzulande.

"Doppelt so viele Leute studieren an kaum mehr als halb so vielen PHen wie Mitte der achtziger Jahre - und diese Hochschulen haben noch die gleiche Infrastruktur wie damals" beschrieb die Rednerin der Landesastenkonzferenz die Situation an den Lehrerschmieden im Land. Eine verfehlte Bildungspolitik, die nicht auf den steigenden Bedarf an Lehrern und Lehrerinnen und eine somit steigende Studierendenzahl reagiert hat, sei schuld an der jetzigen Misere. "Die Landesregierung mißt der Ausbildung derjenigen, die künftige Generationen erziehen sollen, unverhältnismäßig wenig Gewicht bei."

Tatsächlich wissen PH-Studierende z.T. noch haarsträubendere Details aus dem Lehrbetrieb zu erzählen, als man sie von der Heidelberger Universität bisher gehört hat:

- in Ludwigsburg gibt es Seminare, in denen nur mitdiskutieren darf, wer

einen Platz auf dem Parkett aus der Los-trommel gezogen hat; wer auf den billigen Rängen gelandet ist, muß schweigen und mitschreiben.



Obige in Stuttgart fotografierte Damen und Herren könnten ebenso gut eine durchschnittliche PH-Referatsgruppe sein.

- in der gleichen PH müssen sich nicht nur 3 oder 4, sondern 10 oder 15 Studierende ein Referat teilen.

- ebenfalls in Ludwigsburg gibt es ein Hauptseminar mit 400 Leuten zum

Thema "Unterrichtsmethoden" - daß in Karlsruhe ein Teil der Hörer einiger Vorlesungen nur über Bildschirm dabei sein darf, gehört da schon zu den

und hochschulpolitischen Bereich zu erkennen und Konsequenzen daraus zu ziehen." Die Vorwürfe richten sich auch gegen den Juniorpartner in der Koalition: "Die SPD hat den Studierenden vor der 92er Landtagswahl das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Sie hat sich von der CDU völlig über den Tisch ziehen lassen."

Kurzfristig fordern die PH-Studierenden vor allem eine Reduzierung des Stoffes von zwei auf drei Fächer und eine Anhebung der Regelstudienzeit um 2 Semester, damit der "oberflächliche Rundumschlag" eines zu breit angelegten Studiums durch ein wissenschaftliches Studium ersetzt wird ("es genügt eben nicht, wenn der/die Lehrerin den Schülerinnen und Schülern 2 Schulbuchseiten voraus ist"). Außerdem geht es ihnen um eine Verbesserung der Ausstattung der PHen ("Bibliotheksausstattungen, in denen die aktuellsten Bücher im Fach Geschichte aus dem Jahr 1972 stammen, sind gang und gäbe an unseren Hochschulen") und einen Ausbau der Stellen im akademischen Mittelbau: Mit mehr Lehrern-Lehrerinnen könnte in kleineren Seminaren gelehrt werden.

Die Bezahlung der Ausbildungslehrerinnen und -lehrer (also die Leute, bei denen Nachwuchspädagogen oft keinen Praktikumsplatz finden) wollen die Studierenden verbessert, deren Stunden-deputate verringert sehen.

Wie alle Asten im Land fordern auch die PHen die Einführung einer handlungsfähigen Verfaßten Studierendenschaft, die nicht nur kulturelle, musische oder sportliche Belange der Hochschulmitglieder wahrnehmen darf (wie es für den jetzigen AstA eigentlich vorgesehen ist), sondern sich auch ganz offiziell in die Hochschulpolitik einmischen darf.

Langfristig streben die PHler eine Gleichstellung mit den Universitäten an: Promotion und Habilitation soll möglich sein, Diplom- und Magisterstudiengänge eingeführt werden, die PHen sollen auch eine Ausbildung für den gymnasialen Lehrberuf anbieten und ihre Studierenden auf andere Berufsfelder wie z.B. die Erwachsenenbildung vorbereiten können.

Was hat Minister von Trotha zur Linderung der Nöte vorzuschlagen? Im Gespräch mit der Delegation der Asten verwies er immer wieder auf das fehlende Geld. Konkrete Versprechungen waren ihm nicht zu entlocken: Man warte noch auf das Ergebnis der Kommission "Lehrerbildung 2000" - einer aus Wissenschaftlern bestehenden Arbeitsgruppe, die bis Ende dieses Jahres Vorschläge zur Neuordnung der Lehrerbildung machen soll. Nur was die Situation der Ausbildungslehrerinnen und -lehrer angeht, versprach er wenigstens, über einen Deputatsnachlaß für diese nachzudenken.

(hn)

Fremde Paragraphen

Islamisches Recht verstehen

Elša - the law students' association - holte vom 16. - 20. Juni im Rahmen eines internationalen Seminars über islamisches Recht ein Stück fremdartiger Rechtskultur nach Heidelberg. Die Gruppe engagierter Jurastudenten warb mit ihrem Programm um mehr Verständnis für ein Rechtssystem, dem ein tiefes Mißtrauen entgegengebracht wird. Vorträge und Diskussionen über verschiedenste Thematiken und mit bekannten Referenten sollten helfen, ein differenzierteres Islambild zu entwickeln.

In seinem Eröffnungsvortrag wies Mohammed S. Abdullah, der Leiter des islamischen Zentralarchivs in Soest, auf die sich in der jüngsten Zeit verstärkten Abwehrhaltungen gegen Anhänger des islamischen Glaubens hin. Die Mobilität der modernen Gesellschaft führe zu einem Aufeinanderprallen des christlichen und muslimischen Weltbildes, das in der westlichen Öffentlichkeit vor allem von den gewalttätigen Ausbrüchen des Islamismus geprägt sei. Abdullah hob hervor, daß dieser militante Islamismus keineswegs kennzeichnend für die Mehrzahl der heute lebenden Muslime sei. Für ein besseres Verständnis - auch des Rechtssystems - sei vor allem der Koran heranzuziehen, da die Scharia (das dort fixierte Gesetz) das gesamte islamische Leben regelt.

Besonders kraß wurden die Unterschiede zum deutschen Recht in den Vorträgen von Dr. Menhofer und Dr. Tellenbach zum Familienrecht und Strafrecht deutlich. Als schwer nachzuempfinden stellt sich dabei die immer noch währende Diskriminierung der Frau dar, die sich in einer Benachteiligung in der Ehe, im Erbrecht, aber auch im alltäglichen Leben manifestiert. Sicherlich ist die Polygamie in der heutigen Zeit nicht mehr die Regel und in einigen Ländern sogar verboten, ihre Präsenz im Gesetz verhindern aber eine wirkliche Gleichbehandlung der Frau. Zwar zeigen sich auch auf diesem Gebiet Reformbewegungen; trotzdem werden immer noch Frauen von ihren Männern und damit von der Gesellschaft verstoßen.

Ebenso erregt die Restauration archaischer Strafformen die Aufmerk-

samkeit der Öffentlichkeit - ein Problem, das Tellenbach zufolge faktisch jedoch gelegentlich überschätzt wird. Es bestehe die Neigung, die Scharia oft primär mit dem mittelalterlichen Strafrecht zu identifizieren und damit an grausame Körperstrafen wie das Handabschneiden für Diebstahl, die Steinigung für Ehebruch und die Auspeitschung für Alkoholgenuß zu erinnern. Diese werden aber selten angewendet. Die Todesstrafe für Apostasie gilt als weitgehend abgeschafft, wird aber trotzdem noch zur Warnung abtrünniger eingesetzt.

Praktisch wurde die Religionsausübung der Moslems den Seminarteilnehmern bei dem Besuch eines Freitagsgebets in einer Moschee in Heidelberg nähergebracht. Mit Tüchern bedeckt und barfuß betrat man schweigend den Altarraum, um die eigene religiöse Welt, die sich die Muslime in dem alten Lagerhaus erhalten haben, miterleben zu können.

Den Abschluß des islamischen Seminars bildete die Diskussion über "Human Rights in the Islamic Republik" zwischen dem "Amnesty International"-Vertreter Dr. Bielefeldt und einem Repräsentanten der islamischen Fundamentalisten aus dem Iran. Leider blieb das erwartete heftige Streitgespräch über die doch sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Menschenrechten aus, was vielleicht auch an den Sprachschwierigkeiten lag. Nach Auffassung des islamischen Referenten erkennt jedenfalls die iranische Verfassung die Menschenrechte der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 an, allerdings mit Ausnahme der Glaubensfreiheit.

Als Ergebnis des aufschlußreichen Seminars kann festgehalten werden, daß Reformbestrebungen zu erkennen sind, die Widersprüche, die sich aus dem Problem der Vermittlung zwischen Tradition und Moderne ergeben, aber nicht offen ausgesprochen werden. Reformierte muslimische Denker bemühen sich um eine neue Betrachtung der Quellen des Korans, um eine Veränderung der Scharia bewirken zu können. Die Entwicklung im islamischen Raum bleibt schwer einzuschätzen. (ar)



Hoher Sieg - wenige Stimmen

Die FSK greift sich fast alle studentischen Senatssitze

Die Fachschaftskonferenz (FSK) hat die studentischen Wahlen '93 noch klarer gewonnen als in den letzten Jahren. 61 % der Wählerinnen und Wähler kreuzten bei der Abstimmung um die studentischen Sitze im (kleinen) Senat die Fachschafts-Liste an, während sich die Jusos mit 17,5 %, der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) mit 13 % und die Liberale Hochschulgruppe (LHG) mit 8,5 % der Stimmen begnügen mußten. Die Wahlbeteiligung war allerdings mit 9,2 % (gegenüber 12 % 1992) noch kleiner als die ohnehin schon traurige Quote aus den letzten Jahren.

Mit diesem Ergebnis konnte die FSK alle drei Sitze im Senat gewinnen, die Jusos konnten ihren Platz in diesem wichtigsten universitären Gremium nicht halten. Im Großen Senat, wo sieben Studierenden Sitz und Stimme gegönnt wird, bleibt alles beim alten: Die FSK konnte mit 62,5 % der Stimmen (1992: 53,9%) wieder 5 Sitze erringen, die Jusos verteidigten mit 17,5 % (18,9 %) ihren Sitz ebenso wie der RCDS mit 13 % (15,1 %). Die Liberale Hochschulgruppe war in diesem Jahr im Großen Senat gar nicht angetreten.

Bei den Wahlen für die studentischen Vertreter in den Fakultätsräten gab es nur in 4 Fällen konkurrierende Listen, die gegeneinander antraten. Dabei konnte nur der RCDS bei den Juristen seinen Sitz im Fakultätsrat halten.

Was die enttäuschende Wahlbeteiligung angeht: Man kann sich jetzt darüber streiten, ob das daran liegt, daß es dieses Mal nur einen und nicht wie im letzten Jahr zwei Wahltage gab oder ob das Interesse an der Mitwirkung im Hochschulbereich noch mehr nachgelassen hat. Es dürfte auf jeden Fall auch der FSK den Sieg etwas versauern, auch wenn man die Bedeu-

tung der Gremienwahlen dort ohnehin nicht besonders hoch einschätzt.

Die Lust, zu wählen, variiert übrigens stark von Fachbereich zu Fachbereich (an der Juristischen Fakultät

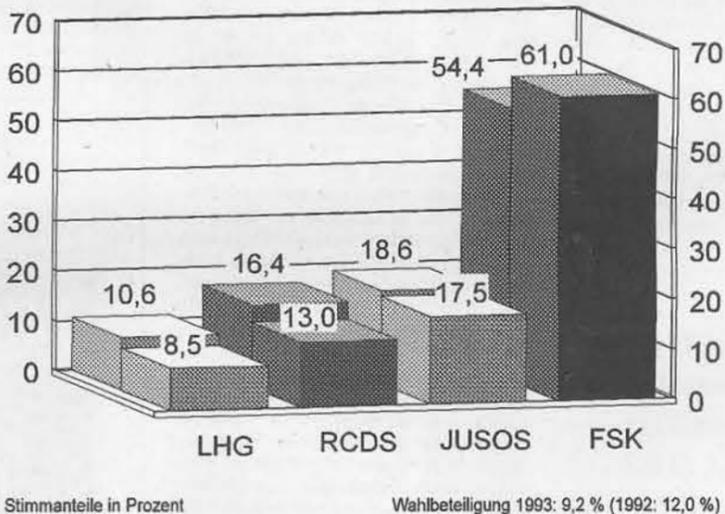
dierenden im Kleinen Senat besteht, sitzen 13 Fachschaffern nur 2 Jusos und 2 RCDS-Vertreter gegenüber. Mit dieser Mehrheit aber wird die FSK den AstA wie immer den letzten vier Jahren in den einstweiligen Ruhestand schicken und alle Entscheidungen auf die wöchentlichen Konferenzen der Fachschaften verlagern.

Dadurch aber, daß die Fachschaffter jetzt die studentischen Sitze im wichtigen Kleinen Senat für sich haben, ist die Gefahr, in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, für die anderen Hochschulgruppen größer denn je.

In der FSK jedenfalls glaubt man nun endgültig, daß dieses Modell der Entscheidungsfindung und diese Vorgehensweise von den Wählern akzeptiert wird: Die Fachschaffter haben mit ihrem erklärten Ziel, der Abschaffung des AstA, bei der fünften Kandidatur zum fünften Mal die absolute Mehrheit davongetragen. Schon kündigt man im Unimut "das Ende der Hochschulgruppen an". An eine institutionelle Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen denkt man jetzt noch weniger als zuvor: "Als Einzelpersonen können die Mitglieder der Hochschulgruppen gerne - wie alle Studierenden - bei uns mitmachen; als Gruppen haben sie wohl

Die FSK baut ihre Mehrheit aus, ...

...das allgemeine Interesse am Urnengang aber schwindet: Wahlen zum Kleinen Senat '92 und '93, Wählergruppe Studierende



gaben immerhin 30,6 % ihre Stimme ab, von den Pharmazeuten ließen sich 19,2 % an den Urnen sehen; die Geowissenschaftler erschienen nur zu 3,5 %, in der Klinischen Medizin wählten lediglich 4,8 %. Auch dabei läßt sich natürlich darüber spekulieren, ob hier die politische Reife oder eher die zufällige Nähe zu den Wahllokalen eine Rolle spielt.

Interessant ist die Art, wie Kandidaten und vor allem Kandidatinnen, die in den Listen auf hinteren Plätzen standen, vom Stimmvolk nach oben gedrückt wurden: Natürlich bedachten einige Wähler Leute ihres Faches mit besonders vielen Kreuzen. Es scheint aber so, daß viele Studierende bewußt Frauen durch Stimmhäufung von schlechteren Listenplätzen auf die vorderen Ränge gehievt haben.

Was für Konsequenzen wird das Wahlergebnis haben? Zunächst einmal bleibt alles beim alten: Einen AstA wird es auch in diesem Jahr nur auf dem Papier geben. Da dieser aus den studentischen Mitgliedern im Großen Senat und deren Stellvertretern sowie den Stu-

ausgedient." Und womit werden sich die so ins Abseits Gestellten ein weiteres Jahr ohne Einfluß auf die Heidelberger Studierendenvertretung vertreiben? "Wir werden versuchen, eine echte Opposition zu bilden und werden uns nicht teilweise in der FSK wiederfinden wie einige Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe. Wir werden deutlich machen, daß der Alleinvertretungsanspruch der FSK eine Anmaßung ist", sagt Gerhard Ries vom RCDS. "In einzelnen Bereichen wird es sicherlich - wie auch schon in den letzten Jahren", eine Zusammenarbeit mit der FSK geben", sagt Michael Luckhaus von den Jusos, "aber eigentlich sind wir in der Vergangenheit mit unseren Kooperationsangeboten in der FSK immer abgeprallt. Dazu haben wir keine Lust mehr". Auch Jens Darré von der Liberalen Hochschulgruppe wird keine allgemeinen Anbiederungsversuche machen: "Wir sind es ja schließlich schon gewohnt, Hochschulgruppe ohne Gremiensitz zu sein und von außerhalb agieren zu müssen." (hn)

Anders als die Anderen

Computer - Laptop's
Scanner - Drucker
Novell - Netzwerke
DFÜ - Hostanbindung
Software - Zubehör
Fachliteratur
DOS-OS/2-UNIX
Servicecenter

Know-How in Hard- und Software
Forschung + Lehre - Konditionen
PC's, Laptop's, Drucker zur Miete.

CSA-Datensysteme GmbH
Rohrbacher Str. 27 - 69115 Heidelberg
06221 - 183093